

34112 Kassel documenta Stadt

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung
der Stadtverordnetenversammlung
Kassel

Kassel documenta Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren,

13. Mai 2015
1 von 2

zur **31.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung lade
ich ein für

**Mittwoch, 20. Mai 2015, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel.**

Tagesordnung:

- 1. Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Hessen und der Stadt Kassel
über ganztägige Angebote im Pakt für den Nachmittag**
Vorlage des Magistrats
Berichterstatter/in: Stadträtin Anne Janz
- 101.17.1690 -
(gleichzeitig im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen und
im Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung)
- 2. An- und Abmeldezahlen von Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf
an Regelschulen**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh
- 101.17.1419 -
- 3. Auswirkungen der Reduzierung der Eingangsklassen an der Gesamtschule
Vellmar für die Schulen in der Stadt Kassel**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh
- 101.17.1580 -
- 4. Maßnahmen zur Verbesserung der sportmotorischen Fähigkeiten von
Kindern**
Antrag der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Bodo Schild
- 101.17.1596 -

5. **Ressourcenermittlung Inklusion**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rüden
- 101.17.1598 -
6. **Vorstellung Ressourcenbedarf Inklusion**
Antrag der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rüden
- 101.17.1599 -
7. **Dokumentation der Ergebnisse der Anhörung "Inklusion"**
Antrag der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rüden
- 101.17.1600 -
8. **Einsparungen durch Schließung von Förderschulen**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh
- 101.17.1601 -
9. **Theaterpädagogische Projekte**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Helga Weber
- 101.17.1628 -
10. **Kulturschule**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Helga Weber
- 101.17.1629 -
11. **Standort B-Weg-Punkt-Bus**
Antrag der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Jutta Schwalm
- 101.17.1636 -
12. **IT-Konzept für berufliche Schulen**
Antrag der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Bodo Schild
- 101.17.1674 -

Mit freundlichen Grüßen
gez. Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Vorsitzende

Für die Richtigkeit:

Jutta Butterweck
Schriftführerin

Niederschrift
über die 31. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung
am **Mittwoch, 20. Mai 2015, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

21. Mai 2015
1 von 9

Anwesende:

Mitglieder

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, Vorsitzende, B90/Grüne
Dr. Michael von Rüden, 1. stellvertretender Vorsitzender, CDU
Anke Bergmann, 2. stellvertretende Vorsitzende, SPD
Dr. Rabani Alekuzei, Mitglied, SPD
Helene Freund, Mitglied, SPD
Dr. Rainer Hanemann, Mitglied, SPD
Dieter Beig, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Christine Hesse)
Birgit Hengesbach-Knoop, Mitglied, B90/Grüne
Helga Weber, Mitglied, B90/Grüne
Marcus Leitschuh, Mitglied, CDU
Jutta Schwalm, Mitglied, CDU
Simon Aulepp, Mitglied, Kasseler Linke
Donald Strube, Mitglied, parteilos
Dr. Bernd Hoppe, Mitglied, Demokratie erneuern

Teilnehmer mit beratender Stimme

Jörg-Peter Bayer, Stadtverordneter, Piraten
Oktay Belen, Vertreter des Ausländerbeirates
Christel Gusek, Vertreterin des Seniorenbeirates

Magistrat

Anne Janz, Stadträtin, B90/Grüne

Schriftführung

Jutta Butterweck, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Judith Osterbrink, Jugendamt
Bernd Heger, Schulverwaltungsamt
Bodo Schild, CDU-Fraktion

Tagesordnung:

1. **Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Hessen und der Stadt Kassel über ganztägige Angebote im Pakt für den Nachmittag** 101.17.1690

2. An- und Abmeldezahlen von Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf an Regelschulen	101.17.1419	2 von 9
3. Auswirkungen der Reduzierung der Eingangsklassen an der Gesamtschule Vellmar für die Schulen in der Stadt Kassel	101.17.1580	
4. Maßnahmen zur Verbesserung der sportmotorischen Fähigkeiten von Kindern	101.17.1596	
5. Ressourcenermittlung Inklusion	101.17.1598	
6. Vorstellung Ressourcenbedarf Inklusion	101.17.1599	
7. Dokumentation der Ergebnisse der Anhörung "Inklusion"	101.17.1600	
8. Einsparungen durch Schließung von Förderschulen	101.17.1601	
9. Theaterpädagogische Projekte	101.17.1628	
10. Kulturschule	101.17.1629	
11. Standort B-Weg-Punkt-Bus	101.17.1636	
12. IT-Konzept für berufliche Schulen	101.17.1674	

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann eröffnet die mit der Einladung vom 13. Mai 2015 ordnungsgemäß einberufene 31. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann teilt mit, dass sie die Tagesordnungspunkte 5. und 8. betr. Inklusion wegen Sachzusammenhangs gemeinsam zur Beratung aufrufen wird.

Auf Vorschlag von Stadtverordneter Schwalm, CDU-Fraktion, wird einvernehmlich festgelegt, Tagesordnungspunkt 11. betr. Standort B-Weg-Punkt-Bus in der heutigen Ausschusssitzung zu behandeln.

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann stellt die Tagesordnung so fest.

- 1. Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Hessen und der Stadt Kassel über ganztägige Angebote im Pakt für den Nachmittag**
Vorlage des Magistrats
- 101.17.1690 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadt Kassel schließt die beigefügte Kooperationsvereinbarung mit dem Land Hessen über ganztägige Angebote im Pakt für den Nachmittag.

Durch die vertragliche Vereinbarung von Stadt Kassel und Land Hessen soll die Verzahnung von staatlichem Schulsystem und Schul- und Jugendhilfeträger und die Umsetzung einer Bildungs- und Betreuungsgarantie an Grundschulstandorten in der Zeit von 7.30 Uhr bis 17 Uhr umgesetzt werden. Grundlage ist das kommunale Rahmenkonzept Ganztage an Grundschulstandorten. Die Umsetzung des Paktes für den Nachmittag wird unterstützt durch eine kommunale Koordinationsstelle und durch geeignete Fachkräfte der sozialen Arbeit an den Ganztagsstandorten.

Die zweijährige Pilotphase beginnt zum 1.9.2015 und wird zum Schuljahr 2017/18 in den Regelbetrieb überführt.

Stadträtin Janz begründet den Antrag des Magistrats. Die Nachfragen der Ausschussmitglieder werden von ihr und Herrn Bernd Heger, Schulverwaltungsamt, beantwortet.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler
Ablehnung: Kasseler Linke
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Hessen und der Stadt Kassel über ganztägige Angebote im Pakt für den Nachmittag, 101.17.1690, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Bergmann

2. An- und Abmeldezahlen von Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf an Regelschulen

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.17.1419 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Kinder mit Förderbedarf haben sich im Schuljahr 2014/15 an einer Regelschule angemeldet und wie ist diese Zahl prozentual im Vergleich der Vorjahre zu bewerten?
2. Wie viele Kinder mit Förderbedarf sind im Schuljahr 2013/14 aus einer Regelschule zurück bzw. erstmals von dort an eine Förderschule gewechselt und wie ist diese Zahl prozentual im Vergleich der Vorjahre zu bewerten?
3. Welche Trends sind bei beiden Zahlen zu beobachten und wie bewertet der Magistrat diese Zahlen?

Stadträtin Janz teilt mit, dass die Anfrage noch nicht beantwortet werden kann, da die Zahlen vom Hessischen Kultusministerium noch nicht freigegeben wurden. Es wird einvernehmlich festgelegt, dass die Anfrage erneut behandelt wird, wenn die entsprechenden Zahlen vorliegen.

Erneute Behandlung in einer der nächsten Sitzungen.

- 3. Auswirkungen der Reduzierung der Eingangsklassen an der Gesamtschule Vellmar für die Schulen in der Stadt Kassel**
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.1580 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Auswirkungen hat die geplante Begrenzung Zahl der Klassen (Züge) an der Ahnatahschule (Gesamtschule Vellmar) auf die nördlichen Schulen auf dem Gebiet der Stadt Kassel?
2. Erwartet die Stadt eine Stabilisierung der Schülerzahlen durch die Verringerung der dortigen Klassenanzahl?

3. Hätte eine ähnliche Maßnahme im östlichen Bereich auch den Schulstandort der Joseph-von-Eichendorff-Schule stabilisieren können?

5 von 9

4. Wenn ja, wieso wurde dieses Steuerungsmittel nicht genutzt?

Die Anfrage wird von Herrn Bernd Heger, Schulverwaltungsamt, beantwortet.

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann erklärt die Anfrage nach Beantwortung durch Herrn Bernd Heger, Schulverwaltungsamt, für erledigt.

4. Maßnahmen zur Verbesserung der sportmotorischen Fähigkeiten von Kindern

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.1596 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, zu berichten, welche Maßnahmen er ergriffen hat, um die nachlassenden sportmotorischen Fähigkeiten von Kindergarten- und Grundschulkindern zu verbessern. Dabei soll auch die Förderung der Kasseler TAG-Kinder des Hessischen Landesprogramms „Talentsuche und Talentförderung“ vorgestellt werden. Hierzu sollte Herr Helmut Simshäuser vom Staatlichen Schulamt für den Landkreis und die Stadt Kassel berichten.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der CDU-Fraktion betr. Maßnahmen zur Verbesserung der sportmotorischen Fähigkeiten von Kindern, 101.17.1596, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Weber

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann ruft die Tagesordnungspunkte 5. und 8. gemeinsam zur Beratung auf.

5. Ressourcenermittlung Inklusion

Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.1598 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

Der schrittweise Ausbau der inklusiven Beschulung erfordert eine Ressourcenbeteiligung des Schulträgers. Gibt es eine Ermittlung des Umfangs dieser Ressourcen (Sozialpädagogen, sachliche Ausstattung, Umbaumaßnahmen) und ist der Schulträger bereit und in der Lage, diese Ressourcen aufzubringen?

Stadträtin Janz beantwortet die Anfrage und die weiteren Nachfragen der Mitglieder.

Nach Beantwortung durch Stadträtin Janz erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

8. Einsparungen durch Schließung von Förderschulen

Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.1601 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Die Stadt plant die Schließung von Förderschulen.
- Welche Schulen sind betroffen?
- Welche Einsparungen erzielt die Stadt Kassel durch die Schließungen der Schulen?
2. Das Land Hessen hat bereits angekündigt, frei werdende Lehrerstellen nicht zu streichen. Wie wird die Stadt mit den durch den Schulträger bezahlten Verwaltungsstellen (z.B. Sekretärinnen, Hausmeister, Schulsozialarbeiter etc.) verfahren?

3. Was ist mit den Gebäuden und Grundstücken der frei werdenden Förderschulen geplant?

7 von 9

Stadträtin Janz beantwortet die Anfrage und die weiteren Nachfragen der Mitglieder.

Nach Beantwortung durch Stadträtin Janz erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

6. Vorstellung Ressourcenbedarf Inklusion

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.17.1599 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

7. Dokumentation der Ergebnisse der Anhörung "Inklusion"

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.17.1600 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

9. Theaterpädagogische Projekte

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne

- 101.17.1628 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

10. Kulturschule

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne

- 101.17.1629 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

11. Standort B-Weg-Punkt-Bus

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.1636 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, den Betreibern des „B-Weg-Punkt“-Busses einen Stellplatz am Florentiner Platz bzw. in der Nähe des CVJM zu ermöglichen, um dort aufsuchende Jugendarbeit mit dem Ziel der Drogen- und Alkoholprävention, der Eindämmung des Vandalismus, der Ermutigung zu ehrenamtlicher Arbeit, der Vermittlung von Medienkompetenz und der Unterstützung zur Bewältigung von Alltagsproblemen anzubieten.

Stadtverordnete Schwalm, CDU-Fraktion, begründet. Auf Vorschlag von Stadtverordneter Bergmann, SPD-Fraktion, ändert sie den Antrag ihrer Fraktion wie folgt ab:

➤ **Geänderter Antrag:**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, den Betreibern des „B-Weg-Punkt“-Busses einen Stellplatz **in der Innenstadt in Absprache mit den Betreibern** zu ermöglichen, um dort aufsuchende Jugendarbeit mit dem Ziel der Drogen- und Alkoholprävention, der Eindämmung des Vandalismus, der Ermutigung zu ehrenamtlicher Arbeit, der Vermittlung von Medienkompetenz und der Unterstützung zur Bewältigung von Alltagsproblemen anzubieten.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten Antrag der CDU-Fraktion betr. Standort B-Weg-Punkt-Bus, 101.17.1636, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Schwalm

12. IT-Konzept für berufliche Schulen

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.17.1674 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

Ende der Sitzung: 19:10 Uhr

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Vorsitzende

Jutta Butterweck
Schriftführerin

Vorlage Nr. 101.17.1690

18. Mai 2015
1 von 3

Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Hessen und der Stadt Kassel über ganztägige Angebote im Pakt für den Nachmittag

Berichtersteller/-in: Stadträtin Anne Janz

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadt Kassel schließt die beigefügte Kooperationsvereinbarung mit dem Land Hessen über ganztägige Angebote im Pakt für den Nachmittag.

Durch die vertragliche Vereinbarung von Stadt Kassel und Land Hessen soll die Verzahnung von staatlichem Schulsystem und Schul- und Jugendhilfeträger und die Umsetzung einer Bildungs- und Betreuungsgarantie an Grundschulstandorten in der Zeit von 7.30 Uhr bis 17 Uhr umgesetzt werden. Grundlage ist das kommunale Rahmenkonzept Ganztage an Grundschulstandorten. Die Umsetzung des Paktes für den Nachmittag wird unterstützt durch eine kommunale Koordinationsstelle und durch geeignete Fachkräfte der sozialen Arbeit an den Ganztagsstandorten.

Die zweijährige Pilotphase beginnt zum 1.9.2015 und wird zum Schuljahr 2017/18 in den Regelbetrieb überführt.

Begründung:

Der Pakt für den Nachmittag ist ein integriertes Kooperationsmodell für Bildung und Betreuung an Grundschulen. In den vergangenen Jahren musste ein stetig wachsender Bedarf an Betreuung durch die Kommune abgedeckt werden. Der Pakt für den Nachmittag begrenzt den weiteren Ausbau von Hortangeboten an diesen Grundschulstandorten. Bildungsbenachteiligten Kindern ermöglicht der Pakt für den Nachmittag zusätzliche Förderung und bessere Teilhabechancen durch die Ganztagsangebote.

Mit Magistratsbeschluss vom 1. Dezember 2014 wurde die Umsetzung einer Bildungs- und Betreuungsgarantie an Grundschulstandorten ab dem 1. September 2015 unter Einbindung der bisherigen SchubS- Kräfte gemeinsam mit dem Land

Hessen im Rahmen des Paktes für den Nachmittag beschlossen (Beschluss 438/2014).

2 von 3

Seit Beginn des Schuljahres 2014/15 ist Kassel eine von sechs Pilotregionen im Rahmen des „Paktes für den Nachmittag“. Die vom Hessischen Kultusministerium geleitete Steuergruppe (HKM, Pilotschulträger und zuständige Staatliche Schulämter, Hess. Sozialministerium, Hess. Innenministerium, Hess. Finanzministerium, Rechnungshof) hat eine Rahmenvereinbarung erarbeitet, die ab dem Schuljahr 2015/16 Grundlage für eine Vertragsgestaltung zwischen der Stadt Kassel und dem Hessischen Kultusministeriums sein soll. Die Muster-Rahmenvereinbarung ist in der Anlage beigefügt und ist Bestandteil des Beschlusses. Das Rechtsamt der Stadt Kassel hat diese Muster-Rahmenvereinbarung geprüft und hat hinsichtlich des Inhaltes und Abschlusses der vorgelegten Kooperationsvereinbarung keine rechtlichen Bedenken.

Die Umsetzung des Paktes für den Nachmittag soll zum 1. September 2015 in den Pilotregionen beginnen. Sie beginnt mit einer zweijährigen Pilotphase, in denen die Versorgung der Standorte mit Ganztagsressourcen seitens des Landes auf der Grundlage eines Schülerfaktors gesichert ist. Die Umsetzung der Vereinbarung wird evaluiert, so dass eine Nachsteuerung möglich ist. Der Pakt für den Nachmittag wird ab Schuljahresbeginn 2017/18 in den Regelbetrieb überführt.

In Kassel erfüllen 13 Grundschulstandorte die Voraussetzungen und haben sich für eine Teilnahme am Pakt für den Nachmittag ab dem Schuljahr 2015/16 entschieden:

Schule Brückenhof-Nordshausen, Friedrich-Wöhler-Schule, Schule Schenkelsberg, Grundschule Waldau, Grundschule Bossental, Fridtjof-Nansen-Schule, Losseschule, Schule Am Wall, Ernst-Leinius-Schule, Fasanenhofschule, Hupfeldschule, Schule Königstor, Valentin-Traudt-Schule.

Weitere Grundschulstandorte können aufgenommen werden, wenn die Voraussetzungen für eine Aufnahme in den Ganztage erfüllt sind.

Das künftige Format der Profil 1+ Schulen in Kassel ist angelehnt an die Satzung Grundschulkindergarten. Im Kasseler Konzept gestalten Schule und die Horte der Jugendhilfe den Ganztage gemeinsam.

Ein wichtiger Bestandteil des Rahmenkonzeptes „Ganztage an Grundschulstandorten“ ist die kommunale Koordinierung zwischen Schul- und Jugendhilfeträger und Schule. Beim Pakt für den Nachmittag wird es wesentlich darauf ankommen, die Zusammenarbeit des schulischen Personals und der Kooperationspartner kohärent zu gestalten und zu qualifizieren, um für Schüler/innen und Eltern eine gute ergänzende Bildungs- und Betreuungsqualität im Rahmen des Ganztages zu erhalten. Die Umsetzung soll durch eine

Koordinationsstelle und Sozialarbeit an den Grundschulstandorten unterstützt werden.

3 von 3

Das Land Hessen setzt für den Ganzttag an den 13 Grundschulstandorten insgesamt 27 Lehrerstellen ein, davon 11,5 neue Stellen ab dem Schuljahr 2015/16. Diese Stellen können bis zu 2/3 des Umfangs kapitalisiert werden und stehen den Ganzttagsschulstandorten für den Einsatz von Personal, Koordinierungs-, Verwaltungs- und Sachkosten zur Verfügung. Die Stadt Kassel leistet ihren Beitrag an den Standorten mit den jeweiligen Horten. Es ist beabsichtigt, über die Erweiterung der Bildungs- und Betreuungsangebote an den Grundschulen für mehr Schülerinnen und Schüler in der Stadt Kassel ein bedarfsgerechtes und flexibles Angebot zur Verfügung zu stellen.

Für die Sozialarbeit an Grundschulstandorten sind ab dem Schuljahr 2015/16 insgesamt 10,25 VZÄ vorgesehen. Diese Stellen werden zu 50 % aus Landesmitteln und zu 50 % aus kommunalen Mitteln finanziert. Die Stadt Kassel trägt die Hälfte der Personalkosten, die Sachkosten, die Personal- und Arbeitsplatzkosten der kommunalen Koordination und die Kosten für Personalverwaltung und Administration.

Finanzielle Auswirkungen:

Für den Zeitraum vom 1.9.2015 bis 31.12.2015 werden Mittel in Höhe von 135.000 € für die Sozialarbeit an Grundschulstandorten und die kommunale Koordination benötigt.

Die Bereitstellung der Mittel erfolgt durch eine außerplanmäßige Bewilligung gem. § 100 Abs. 1 HGO unter Teilhaushalt 40001, Kostenstelle 40000802, Sachkonto 7299200.

Diese wird hiermit bewilligt.

Zur Deckung stehen Restmittel aus den im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT) des Bundes für den Ausbau der Schulsozialarbeit zur Verfügung gestellten Mittel bei -50- in Höhe von ca. 55.000 € zur Verfügung (Teilhaushalt 50007, Kostenstelle 50000904, Sachkonto 7299200). Der fehlende Betrag in Höhe von voraussichtlich 80.000 € wird aus Mitteln des Jugendamtes (Teilhaushalt 51002, Kostenstelle 51000141, Sachkonto 7128000) zur Verfügung gestellt.

Der Magistrat hat die Vorlage in seiner Sitzung am 18. Mai 2015 beschlossen.

Bertram Hilgen
Oberbürgermeister

Vorlage Nr. 101.17.1419

9. September 2014
1 von 1

**An- und Abmeldezahlen von Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf an
Regelschulen**

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Kinder mit Förderbedarf haben sich im Schuljahr 2014/15 an einer Regelschule angemeldet und wie ist diese Zahl prozentual im Vergleich der Vorjahre zu bewerten?
2. Wie viele Kinder mit Förderbedarf sind im Schuljahr 2013/14 aus einer Regelschule zurück bzw. erstmals von dort an eine Förderschule gewechselt und wie ist diese Zahl prozentual im Vergleich der Vorjahre zu bewerten?
3. Welche Trends sind bei beiden Zahlen zu beobachten und wie bewertet der Magistrat diese Zahlen?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.1580

2. Februar 2015
1 von 1

**Auswirkungen der Reduzierung der Eingangsklassen an der Gesamtschule
Vellmar für die Schulen in der Stadt Kassel**

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Auswirkungen hat die geplante Begrenzung Zahl der Klassen (Züge) an der Ahnatahschule (Gesamtschule Vellmar) auf die nördlichen Schulen auf dem Gebiet der Stadt Kassel?
2. Erwartet die Stadt eine Stabilisierung der Schülerzahlen durch die Verringerung der dortigen Klassenanzahl?
3. Hätte eine ähnliche Maßnahme im östlichen Bereich auch den Schulstandort der Joseph-von-Eichendorff-Schule stabilisieren können?
4. Wenn ja, wieso wurde dieses Steuerungsmittel nicht genutzt?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.1596

19. Februar 2015
1 von 1

Maßnahmen zur Verbesserung der sportmotorischen Fähigkeiten von Kindern

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, zu berichten, welche Maßnahmen er ergriffen hat, um die nachlassenden sportmotorischen Fähigkeiten von Kindergarten- und Grundschulkindern zu verbessern. Dabei soll auch die Förderung der Kasseler TAG-Kinder des Hessischen Landesprogramms „Talentsuche und Talentförderung“ vorgestellt werden. Hierzu sollte Herr Helmut Simshäuser vom Staatlichen Schulamt für den Landkreis und die Stadt Kassel berichten.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Bodo Schild

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.1598

19. Februar 2015
1 von 1

Ressourcenermittlung Inklusion

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

Der schrittweise Ausbau der inklusiven Beschulung erfordert eine Ressourcenbeteiligung des Schulträgers. Gibt es eine Ermittlung des Umfangs dieser Ressourcen (Sozialpädagogen, sachliche Ausstattung, Umbaumaßnahmen) und ist der Schulträger bereit und in der Lage, diese Ressourcen aufzubringen?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rüden

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.1599

19. Februar 2015
1 von 1

Vorstellung Ressourcenbedarf Inklusion

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die stadtteilspezifischen Erfordernisse, ihre zeitlichen Umsetzungsmöglichkeiten und den damit verbundenen zusätzlichen Ressourcenbedarf betreffend Inklusion vorzustellen.

Begründung:

In der Anhörung zum Thema „Inklusion“ am 18. Februar 2015 wurde von vielen Fachleuten der Wunsch nach einem behutsamen Vorgehen geäußert, das die unterschiedlichen Anforderungen in den einzelnen Stadtteilen berücksichtigt.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rüden

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.1600

19. Februar 2015
1 von 1

Dokumentation der Ergebnisse der Anhörung "Inklusion"

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, den Verlauf und die Ergebnisse der Anhörung zum Thema „Inklusion“ am 18. Februar 2015 zeitnah in Form einer schriftlichen Dokumentation den Ausschussmitgliedern und der interessierten Öffentlichkeit vorzulegen.

Begründung:

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rüden

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.1601

19. Februar 2015
1 von 1

Einsparungen durch Schließung von Förderschulen

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Die Stadt plant die Schließung von Förderschulen.
 - Welche Schulen sind betroffen?
 - Welche Einsparungen erzielt die Stadt Kassel durch die Schließungen der Schulen?

2. Das Land Hessen hat bereits angekündigt, frei werdende Lehrerstellen nicht zu streichen. Wie wird die Stadt mit den durch den Schulträger bezahlten Verwaltungsstellen (z.B. Sekretärinnen, Hausmeister, Schulsozialarbeiter etc.) verfahren?

3. Was ist mit den Gebäuden und Grundstücken der frei werdenden Förderschulen geplant?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.1628

10. März 2015

1 von 1

Theaterpädagogische Projekte

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, eine*n Vertreter*in des Staatstheaters in eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung einzuladen, um die theaterpädagogischen Projekte der verschiedenen Sparten des Theaters vorzustellen.

Begründung:

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Helga Weber

Christian Geselle
Fraktionsvorsitzender SPD

Dieter Beig
Fraktionsvorsitzender
B90/Grüne

Vorlage Nr. 101.17.1629

10. März 2015

1 von 1

Kulturschule

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, die Konzepte der Kasseler Schulen, die das Label „Kulturschule“ erworben haben bzw. anstreben, im Ausschuss vorzustellen.

Begründung:

Einige Kasseler Schulen haben ein Profil entwickelt, das in spezifischer Weise die Besonderheiten der jeweiligen Institution stärken und den Schülerinnen und Schülern Zugänge zu kulturellen Erlebnissen ermöglichen soll. So hat z.B. die Schenkelsbergschule sich als Kulturschule profiliert, die Carl Anton Henschel Schule legt Wert auf die Persönlichkeitsentwicklung durch Erfahrungen mit kulturellen Ausdrucksformen.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Helga Weber

Christian Geselle
Fraktionsvorsitzender SPD

Dieter Beig
Fraktionsvorsitzender
B90/Grüne

Vorlage Nr. 101.17.1636

19. März 2015
1 von 1

Standort B-Weg-Punkt-Bus

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, den Betreibern des „B-Weg-Punkt“-Busses einen Stellplatz am Florentiner Platz bzw. in der Nähe des CVJM zu ermöglichen, um dort aufsuchende Jugendarbeit mit dem Ziel der Drogen- und Alkoholprävention, der Eindämmung des Vandalismus, der Ermutigung zu ehrenamtlicher Arbeit, der Vermittlung von Medienkompetenz und der Unterstützung zur Bewältigung von Alltagsproblemen anzubieten.

Begründung:

Der von den Betreibern (Evangelische Jugend Kassel, CVJM Kassel und Katholisches Jugendreferat Kassel) gewünschte Standort in der Innenstadt hat viele Vorzüge, da er in der Nähe des alten Standortes des Jugendcafés Treppenstraße ist und mit dem nahen CVJM-Gebäude Strom, Wasser und Toilettenanlagen zur Verfügung stehen. Die Stadt muss ein Interesse daran haben, dass an dieser Stelle an einem Tag pro Woche für einige Stunden dieses nicht-kommerzielle Angebot durchgeführt werden kann.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Jutta Schwalm

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.1674

23. April 2015
1 von 1

IT-Konzept für berufliche Schulen

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, das IT-Konzept der Stadt Kassel für die Beruflichen Schulen unter besonderer Berücksichtigung des IT-Supports im Ausschuss Schule, Jugend und Bildung zeitnah vorzustellen.

Begründung:

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Bodo Schild

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender